

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/126

Bonn, den 7. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeiler

1 - 2 Hinters Licht geführt 84

Bundesregierung verschleppt 9. Lastenausgleichs-Novelle

Von Willi Jäger, Bonn

2a Nordrhein-Westfalen 35

Der Wahlkampf entgleitet der CDU

3 - 4 Kein Platz für Romantiker 88

Der Deutsche Entwicklungsdienst
600 Freiwillige in 20 Ländern

Von Evelyn Eggert

5 - 6 Die neuen Männer in Jugoslawien 75

Das System verändert die Physiognomie

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Hinters Licht geführt

Bundesregierung verschleppt 19. Lastenausgleichsnovelle

Von Willi Jäger, Bonn

Als der Bundestag am 1. Juli 1965 einstimmig die 18. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz verabschiedete, schienen viele Hoffnungen, Wünsche und Forderungen in Erfüllung zu gehen. Leistungsverbesserungen in Höhe von 7,6 Milliarden DM waren beschlossen worden. Die Freude bei den Vertriebenen, Fliegergeschädigten und Zonenflüchtlingsen währte jedoch nicht lange. Schon drei Wochen später, am 23. Juli, w i d e r r i e f der Bundestag in einer Sondersitzung seinen Beschluß. Gegen die Stimmen der SED-Fraktion wurde die Novelle um fünf Milliarden DM gekürzt. Die Koalition folgte bei dieser Entscheidung einem Vorschlag des Vermittlungsausschusses. Das geschah acht Wochen vor der Bundestagswahl. Es hagelte Proteste auf die Verantwortlichen, die nun durch neue Versprechungen zu beschwichtigen versuchten.

So erklärte der Fraktionschef der CDU/CSU, Dr. B a r z e l, gleich in der Bundestagsitzung am 23. Juli 1965:

- * "Damit niemand in den nächsten Wochen meint, dies sei eine
- * falsche Haltung, oder damit hier nicht falsch interpretiert
- * wird, möchte ich noch einmal sagen: Der restliche
- * Teil (der 18. Novelle) gilt für uns nach wie vor als eine
- * vernünftige Sache. Den Rest wird der Deutsche Bundestag
- * alsbald in Angriff nehmen müssen."

Der damalige CDU-Vorsitzende Dr. A d e n a u e r verkündete im Pressedienst seiner Partei:

- * "Nach den Bundestagswahlen wird sich die CDU dafür ein-
- * setzen, daß in einer 19. Novelle zum Lastenausgleichsge-
- * setz die Vertriebenen und Flüchtlinge eine angemessene
- * Verbesserung der Entschädigungsleistungen erhalten wer-
- * den. Ich versichere, daß ich der 19. Novelle in der parla-
- * mentarischen Arbeit der neuen Legislaturperiode eine hohe
- * Dringlichkeit zuerkenne."

Fraktionsgeschäftsführer R a s n e r sprach sogar von einer "besonders. hohen Priorität".

K a c h den Wahlen hörte man es dann anders. Der neue Vertriebenenminister Dr. G r a d l meinte am 5. November in einem Interview mit dem CDU-Pressedienst: "Wir wollen so bald wie möglich Gewisheit haben, mit welcher Reserven wir für eine 19. Novelle rechnen können, die wir einbringen wollen". Bundeskanzler E r h a r d streifte das ganze Problem in seiner

Regierungserklärung am 10. November mit dem einen Satz: "Eine 19. Novelle zum Lastenausgleich nach Maßgabe vorhandener und liquide zu machender Reserven wird möglichst bald in Angriff zu nehmen sein".

Was die Sozialdemokraten seit Jahren gefordert hatten, sollte also nun geschehen: Eine neutrale Schätzung der Reserven des Lastenausgleichsfonds. Im Februar d. Js. wurde von der Bundesregierung eine Kommission, bestehend aus Vertretern von vier wirtschaftswissenschaftlichen Instituten sowie mehrerer Bundes- und Landesministerien, mit der Vorausschätzung des Vermögenssteueraufkommens beauftragt. Das Ergebnis ist der Bundesregierung seit Mitte Mai bekannt. Seitdem verging kaum eine Woche ohne die amtliche Ankündigung, die Novelle werde in "in Kürze" eingebracht.

Zuletzt geschah dies am 28. Juni in einem Gespräch des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen, wobei Vertriebenenminister Gradl über den Novellierungsentwurf berichtete. Was der Minister bekanntgab, nämlich, daß das finanzielle Volumen der Novelle nur 2,5 Milliarden DM betragen werden, war für die Gäste enttäuschend. Sie rechneten zumindest mit dem, was ihnen die CDU/CSU im vorigen Jahr zugesagt hatte, den aus der 18. Novelle gestrichenen Leistungsverbesserungen.

- * Es sollte aber noch schlimmer kommen, denn einen Tag
- * später entschied das Bundeskabinett, die ganze Angelegenheit zu vertagen. Der Öffentlichkeit wurde mitgeteilt, die 19. Lastenausgleichsnovelle solle in eine allgemeine mittelfristige Haushalts- und Wirtschafts-Gesamtplanung einbezogen werden. Man wolle zunächst
- * Prioritäten setzen. Die Novelle sei, auch wenn sie den Bundeshaushalt nicht belaste, immerhin eine Gefahr für die Währungsstabilität.

Die verantwortlichen Männer und Frauen des Bundes der Vertriebenen fühlen sich von der CDU/CSU hinter Licht geführt. In einer ersten Stellungnahme des BdV heißt es:

- * "Die Zurückstellung ist ein Affront gegen die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten. Die Brückierung muß umso stärker empfunden werden, als die Zusage der vordringlichen Verabschiedung noch am Vortage durch den zuständigen Ressortminister bekräftigt wurde."

Für die Bundestagsopposition sind solche Wortbrüche der Bundesregierung kaum noch eine Überraschung. Es ist aber beunruhigend, wenn im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Lastenausgleichsgesetzes von einer "Gefährdung der Währungsstabilität" gesprochen wird. Mit diesem Argument könnten alle Bemühungen um Verbesserungen in der Kriegsfolgengesetzgebung lahmgelegt werden.

Nordrhein-Westfalen

Der Wahlkampf entgleitet der CDU

R. - Der mit größter Popularitätsvorechnung und übergroßen Hoffnungen begonnene Wahlkampf um das Parlament in Düsseldorf entgleitet kurz vor Toranschluß immer mehr den Händen der CDU-Wahlmanager. Bezeichnenderweise ist es der Bundeskanzler selbst, der seine ganze Autorität soweit von dieser überhaupt noch die Rede sein kann - einsetzt, um "Volkestimmung" zu erzeugen.

Wo die Langeweile sich auszubreiten drohte, da trat zur rechten Zeit der rechte Mann mit richtiger "roten Hand" auf und benahm sich so, wie es der schreckhafte Bürger von einem Sozi nun einmal erwarten. Aber die Geschichte noch zu sehr nach Regie, als daß sie Ernst genommen werden wäre, wenn auch in der zuständigen Presse dafür breiter Raum zur Verfügung gestellt wurde.

Mein, die heftige Opposition gegen die CDU-Führung, Bund wie Land, regt sich in breiten Kreisen der Bevölkerung. In Bonn waren es Studenten und Schüler, die dem Kanzler seine Polterabende, zuletzt bei der Einweihung des Gulbransen-Museums, nachtrugen. Sein unauslöschlicher Drang, gegen Intellektuelle (Pinscher) zu wettern, verbindet sich zu einer neurotischen Symbiose im Kampf gegen die verhassten Funktionäre. Welche eigentlich? Es dürfte dem Kanzler nicht entgangen sein, daß er nebenberuflich auch zu dem ehrenwerten Stand der Funktionäre gezählt werden muß. Erhard, der Kanzler, gegen den Parteivorsitzenden? Natürlich, so meinte er das nicht, denn er schimpfte gegen die Gewerkschaftsfunktionäre und stellt dem gegenüber die "Gecollungen" eines mittelalterlichen Provinzialismus.

Nun prügelt er sich, rhetorisch versteht sich, mit der Arbeiterbevölkerung im Ruhrpott umher und wenn die guten Leute nichts von seinem Sendungsbewußtsein begreifen wollen, sondern vielmehr gegen die Wirtschaftspolitik im Lande protestieren, dann beschimpft er sie als "schamloses Gesindel", als "Lämmel und Uhus", die ihr Passiv nur dieser Zeit zu verdanken haben. Dann bricht er die Versammlungen ab und verläßt empört die Stätte seines Mißerfolges.

Uns scheint, dieser Kanzler mit seiner angeschlagenen Partei lebt etwas außerhalb dieser Zeit!

Kein Platz für Romantiker

Der Deutsche Entwicklungsdienst
600 Freiwillige in 20 Ländern

Anfang Juli haben wieder rund 150 junge Menschen Deutschland verlassen, um in ihren Bestimmungsorten in Afrika, Asien und Lateinamerika als Entwicklungshelfer zu wirken. Heute wie eh und je zieht es die Jugend in die Ferne. Ein bisher Abenteurerlust, der Mensch, sich Auslandswind um die Nase wehen zu lassen und das Interesse, eine neue Sprache zu lernen, geben den letzten Anstoß, sich als Freiwilliger für den Deutschen Entwicklungsdienst zu bewerben. Jedoch romantische Flausen und kühne Ideen werden sehr bald durch kühlen Realismus ersetzt, wenn es ernst wird, wenn die letzte Phase der Ausbildung in der beiden Ausbildungsstätten des DED, Berlin und Wächtersbach, überstanden ist.

Ein weiter Weg

Schon jetzt kann der DED die stolze Zahl von 50 000 Interessenten und 5 000 Bewerbern nennen. Aber vom Bewerber bis zum Freiwilligen ist ein weiter Weg, denn die Auswahl ist gründlich und die Vorbereitung auf die nicht immer einfach zu lösenden Aufgaben im fremden Land sind umfangreich. Von 100 Interessenten bleiben zehn übrig, die sich bewerben, und von diesen zehn Bewerbern schafft es schließlich nur einer, den Weg für zwei Jahre in ein Entwicklungsland anzutreten.

Denn zwei Jahre sind es, für die sich die jungen Freiwilligen verpflichten müssen. Und das Problem des DED ist es, für diese Zeitspanne wirklich nur Leute mit Fachkenntnissen herauszuschicken. In den Projektländern werden in erster Linie Maurer, Landwirte, Techniker, Mechaniker, Ingenieure, Lehrer, Kindergärtnerinnen, Ärzte und Krankenschwestern gebraucht. Jeder junge Mensch, der das 20. Lebensjahr vollendet hat und seine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen kann, hat eine reelle Chance, für den DED draußen zu arbeiten. Nach der Devise, den richtigen Mann an den richtigen Platz, werden die ausgesuchten Bewerber auf Herz und Nieren geprüft, ehe sie in die Ausbildung kommen. Dort werden sie drei Monate auf ihre Aufgaben im Entwicklungsland vorbereitet. Sprachunterricht steht dabei im Vordergrund, denn wie das Wissen weitergeben, wenn man sich nicht verständigen kann? Und darauf kommt es an, das erworbene Wissen, die eigenen Kenntnisse weiterzugeben. Ohne diese Voraussetzung wäre personelle Entwicklungshilfe sinnlos.

5 000 DM auf dem Konto

Während der Ausbildung erhalten die Teilnehmer eine monatliche Überweisung von 200 DM, die während der Zeit in Aus-

land fortgesetzt wird, so daß jeder Freiwillige nach seiner Rückkehr über runde 5 000 DM auf einem deutschen Konto verfügt. Im Entwicklungsland selbst erhält er je nach Währung und Lebenshaltungskosten monatlich zwischen 300 und 600 DM. Regelmäßig anfallende Zahlungen, wie Versicherungen oder Sparverträge, übernimmt ebenfalls die Kasse in Bonn. Auch bei der Rückgliederung in den früheren Beruf ist der Deutsche Entwicklungsdienst behilflich. Die ersten Rückkehrer werden im August dieses Jahres erwartet.

Über das Berufliche hinaus aber liegt in der menschlichen Begegnung die große Chance der Freiwilligen. Sie lernen eine neue Umwelt kennen mit anderen Werten und Vorstellungen vom Leben. Sie lernen und verstehen, wo der "normale" Bürger nur Erstaunen kennt und vielleicht mit Geringschätzung allen Fremdartige betrachtet. Und sie lernen global zu denken, wo wir immer noch mit traditionellen europäischen Vorstellungen die geschrumpfte Welt zu begreifen wünschen. Aber sie lernen auch zu verzichten, Opfer zu bringen und sich mit dem harten Alltag im fremden Land auseinanderzusetzen. Und das ist bei dem heißen, oft rörderischen Klima gewiß nicht immer einfach.

Geduld ist darum eine der wichtigsten menschlicher Voraussetzungen für den Freiwilligen im Gastland, gute Nerven und ein Schuß Humor, die Fähigkeit, Vertrauen zu erwerben und weiterzugeben, sind unerlässlich.

Chancen nach der Rückkehr

Jedoch über der menschlichen Aufgabe, die alle Freiwilligen zu erfüllen haben, sollte man nicht vergessen, welche Chancen sich ihnen nach der Rückkehr in Deutschland bieten. Nach zwei Jahren Dienst in Übersee kann aus einem erst 25 Jahre alten Mechaniker ein Fachmann geworden sein, um den sich die deutsche Industrie reiht, weil er ihre Märkte in Übersee kennt und sogar eine ausgefallene Landessprache beherrscht.

Natürlich kann auch das Gegenteil eintreten: Mancher kommt als Außenseiter zurück und findet den Anschluß an die Umwelt nicht mehr, die sich scheinbar nur an Werten orientiert, die er in afrikanischen Busch, im Hochland von Nepal oder am Amazonas vergessen, wenn nicht gar verachtet gelernt hat.

Manch einer bricht auch vorzeitig seinen Aufenthalt im Entwicklungsland ab, weil er enttäuscht ist und vielleicht nicht die Fähigkeit besitzt sich umzustellen. Er ging von falschen Voraussetzungen aus, und seine romantischen Pläne erfüllten sich nicht.

Viele Freiwillige aber fanden bereits die Erfüllung ihrer Wünsche, eine Aufgabe zu meistern, die nicht alltäglich ist. Mancher von ihnen äußerte bereits den Wunsch, nach zwei Jahren "Außendienst" seinen Vertrag zu verlängern.

Auch die zwischenmenschlichen Beziehungen kommen beim SED nicht zu kurz, wie die Familienchronik beweist: 16 Freiwillige fanden ihren Ehepartner auf dem nicht ganz gewöhnlichen Weg über den SED.

Mit fast 600 Freiwilligen ist der Deutsche Entwicklungsdienst zur Zeit in 20 Ländern vertreten. Bis Ende des Jahres wird das vorläufige Ziel erreicht sein: 1 000 Freiwillige in Übersee.

Die neuen Männer in Jugoslawien

Das System verändert die Physiognomie

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Der am 1. Juli auf der Adria-Insel Brioni, dem Sommersitz des Marschalls Tito, erfolgte Sturz des jugoslawischen Vizepräsidenten Aleksandar Ranković sowie des ehemaligen Innenministers Svetislav Stefanović hat das Bild der Spitzengarnitur des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien von Grund auf verändert.

* * *

Ranković war ja nicht nur der einzige Stellvertreter des alten Staatspräsidenten, sondern gleichzeitig Vorsitzender der Organisations- und Kaderabteilung im Sekretariat des Kommunistenbundes, was einen Vergleich mit einem Personalchef in einem Monopolbetrieb mit über einer Million Beschäftigten provoziert. Stefanović war bis zu seinem Sturz nicht nur der Vorsitzende einer Regierungskommission zur Überwachung der Staatssicherheit, sondern gleichzeitig, was unter normalen Verhältnissen vollkommen unvorstellbar wäre, Vorsitzender der entsprechenden Parlamentskommission.

Mit ihrem Ausscheiden aus der aktuellen Politik ist sowohl dem Geist des antiquierten kriegskommunistisch-"revolutionären" Sozialismus als auch dem bürokratischen und polizeistaatlichen Zentralismus ein harter Schlag versetzt worden.

Ein kurzer Blick auf die neuen Männer, die an die Stelle von Ranković und Stefanović getreten sind, zeigt sofort, daß es sich bei den Ereignissen auf Brioni nicht um einen einfachen Figurwechsel gehandelt hat, sondern daß hier ein ganzes System seine Physiognomie zu verändern begonnen hat.

* * *

Aleksandar Ranković Platz im Exekutivkomitee des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, also im Politbüro, hat nun der 53-jährige Milentije Popović eingenommen, der seine Karriere nicht, wie der gestürzte Ranković, als ungelernter Schneider mit Gewerkschaftsouch begonnen hat, sondern als Bautechniker mit Abschlußdiplom.

Es ist gewiß kein Zufall, daß auch der Platz des Ranković im Sekretariat des Zentralkomitees von einem akademisch gebildeten Techniker übernommen worden ist, nämlich von Kijaiko T o d o r o v i ć.

Die banale Feststellung, daß in Jugoslawien jetzt auch in der Spitzengarnitur die Funktionäre durch Fachleute, die Bürokraten durch Technokraten ersetzt werden, liegt nahe, aber um die

politischen Vorstellungen dieser neuen Garde noch besser kennenzulernen, sollte man vielleicht in der Belgrader "Politika" nachlesen, was der nun zum Reorganisator der Partei ernannte Mijalko Todorović kurz vorher geschrieben hat:

- * Parteikomitees durften sich nicht mehr in die Arbeit der Arbeiter-Selbstverwaltungsgremien einmischen. "Bis zu einem gewissen Grad verhalten wir uns wie berufsmäßige Experten, obgleich wir keine Experten sind." Folglich "sollten wir einige der von uns jetzt ausgeübten Tätigkeiten aufgeben".
- * Weiter: Das jugoslawische Parlament sollte nicht mehr unter dem organisatorischen Einfluß der Partei stehen. "Die Nationalversammlung, zum Beispiel, sollte die Möglichkeit haben, vollkommen unabhängig zu handeln." - Die Partei sollte ihren Mitgliedern keine Vorschriften mehr machen, wie sie sich auf ihren Arbeitsplätzen, in Betriebsräten und gesetzgebenden Körperschaften in jedem Einzelfall zu verhalten hätten.

Fazit: die Partei soll also aufhören, eine Organisation von Berufspolitikern zu sein.

* * *

Diese Vorstellungen des neuen jugoslawischen Parteiorganisations stehen anderen sehr nahe, die sich mit der Wiedereinführung der Marktwirtschaft, der erhöhten Verwendung ausländischen Kapitals und sogar des Streikrechts beschäftigen. Daß es von hier aus nur noch eine direkte Linie zu den Forderungen des noch immer inhaftierten Milovan Djilas und des ständig opponierenden Mihajlov gibt, auf dem Boden einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sogar ein Mehrparteiensystem mit oppositioneller Presse einzuführen, liegt auf der Hand.

Die auch von Todorović verlangte organisatorische Trennung von Staat und Partei bedingt allerdings, daß sich das Belgrader Bundesparlament auf der Suche nach einem neuen Vize-Präsidenten nicht einfach auf die Spitze der Partei - Edvard Kardelj, Veljko Vlahović und Mijalko Todorović - beschränken darf. Eigentlich dürfte den Abgeordneten und dem Marschall der Gedanke nahe liegen, sich eines Mannes wieder zu erinnern, der seit einiger Zeit aus der aktuellen Tagespolitik ausgestiegen ist, von dem es jedoch heißt, "er überrage die meisten seiner jugoslawischen Kollegen": Koča Popović, der langjährige Außenminister, Diplomat, Literat und Weltmann französischer Prägung.

+ + +